



Rat der  
Europäischen Union

056435/EU XXV. GP  
Eingelangt am 19/02/15

Brüssel, den 11. Februar 2015  
(OR. en)

5546/15  
ADD 1

PV/CONS 2  
AGRI 33  
PECHE 28

## ENTWURF EINES PROTOKOLLS

---

Betr.: **3365. Tagung des Rates der Europäischen Union (LANDWIRTSCHAFT UND FISCHEREI) vom 26. Januar 2015 in Brüssel**

---

## **TAGESORDNUNGSPUNKTE MIT ÖFFENTLICHKEIT DER BERATUNGEN<sup>1</sup>**

**Seite**

**B-PUNKTE** (Dok. 5268/15 OJ CONS 2 AGRI 15 PECHÉ 20)

### **NICHT DIE GESETZGEBUNG BETREFFENDE TÄTIGKEITEN – ÖFFENTLICHE AUSSPRACHEN**

3. Arbeitsprogramm des Vorsitzes ..... 3

### **BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE**

4. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung eines Mehrjahresplans für die Bestände von Dorsch, Hering und Sprotte in der Ostsee und für die Fischereien, die diese Bestände befischen, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2187/2005 des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1098/2007 des Rates [erste Lesung] ..... 3

6.a) Sonstiges – Aktueller Gesetzgebungsvorschlag ..... 4

\*

\* \* \*

---

<sup>1</sup> Beratungen über Gesetzgebungsakte der Union (Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union), sonstige öffentliche Beratungen und öffentliche Aussprachen (Artikel 8 der Geschäftsordnung des Rates).

## **NICHT DIE GESETZGEBUNG BETREFFENDE TÄTIGKEITEN**

*(Öffentliche Aussprache gemäß Artikel 8 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Rates)*

### **3. Arbeitsprogramm des Vorsitzes**

- Vorstellung durch den Vorsitz

Der lettische Vorsitz stellte sein Arbeitsprogramm für die Bereiche Landwirtschaft und Fischerei vor.

## **BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE**

*(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)*

### FISCHEREI

#### **4. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung eines Mehrjahresplans für die Bestände von Dorsch, Hering und Sprotte in der Ostsee und für die Fischereien, die diese Bestände befischen, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2187/2005 des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1098/2007 des Rates [erste Lesung]**

*Interinstitutionelles Dossier: 2014/0285 (COD)*

- Vorstellung durch die Kommission
- Gedankenaustausch

14028/14 PECHE 455 CODEC 1967  
5253/15 PECHE 17 CODEC 41

Die Kommission legte dem Rat ihren Vorschlag für eine Verordnung zur Festlegung eines Mehrjahresplans für die Bestände von Dorsch, Hering und Sprotte in der Ostsee und für die Fischereien, die diese Bestände befischen, vor.

Bei dem anschließenden Gedankenaustausch begrüßte der Rat den Vorschlag weitgehend.

Viele Delegationen unterstrichen, dass das Ergebnis der Beratungen zu diesem Vorschlag für künftige Vorschläge zu Mehrjahresplänen als Präzedenzfall dienen wird. Einige Delegationen äußerten Bedenken hinsichtlich bestimmter Bestandteile des Vorschlags, etwa der Übereinstimmung einiger Vorschriften mit der gewählten Rechtsgrundlage und des Umfangs der Befugnisübertragung an die Kommission.

Der Rat nahm Kenntnis von den Erläuterungen des Vertreters der Kommission und den Beiträgen der Delegationen.

## 6. Sonstiges

### Fischerei

#### a) Aktueller Gesetzgebungsvorschlag

(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

- **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 850/98, (EG) Nr. 2187/2005, (EG) Nr. 1967/2006, (EG) Nr. 1098/2007, (EG) Nr. 254/2002, (EG) Nr. 2347/2002 und (EG) Nr. 1224/2009 des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1434/98 hinsichtlich der Anlandeverpflichtung [erste Lesung]**  
*Interinstitutionelles Dossier: 2013/0436 (COD)*
  - Informationen des Vorsitzes und der Kommission über den Sachstand und die Umsetzung der Anlandeverpflichtung

Der Vorsitz unterrichtete die Delegationen über den Sachstand bei den Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament über den Vorschlag für eine "Omnibus"-Verordnung. Die Delegationen äußerten ihre Bedenken wegen der derzeitigen Rechtsunsicherheit als Folge widersprüchlicher geltender Vorschriften, solange es keine "Omnibus"-Verordnung gibt. Die Delegationen bestanden darauf, dass eine Einigung mit dem Europäischen Parlament den Verwaltungsaufwand für die Mitgliedstaaten nicht erhöhen sollte. Die Delegationen unterstützten die vom Vorsitz vorgestellte Vorgehensweise mit dem Ziel, eine rasche Einigung mit dem Parlament zu diesem Dossier zu erzielen.

Der Rat nahm Kenntnis von den Bemerkungen des Vertreters der Kommission und der Mitgliedstaaten und ersuchte den AStV, seine Arbeit an diesem Dossier fortzusetzen.